

„SOS – Seepferdchen in Not! Rettet die Schwimmbäder!“

Seit dem Jahr 2000 ist bundesweit jedes zehnte Schwimmbad geschlossen worden, das sind durchschnittlich mindestens 40 Bäder pro Jahr. Derzeit gibt es etwa 6.500 öffentlich zugängliche Bäder – Hallen, Frei-, Natur- und Schulbäder. Jedes zweite Schwimmbad muss saniert, genauer gesagt modernisiert werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die energetische Sanierung und die Schaffung von Barrierefreiheit. Der Sanierungsstau betrug laut einer Studie der Universität Wuppertal im Jahr 2016 bereits 4,5 Milliarden Euro und ist in den vergangenen Jahren weiter angewachsen, auch weil die von Bund und Ländern aufgelegten Programme viel zu gering waren bzw. sind.

Ein Problem: Die Kommunen sind dramatisch unterfinanziert, viele zum Sparen gezwungen. Weil Bäder freiwillige Leistungen der Kommunen sind, gehören sie oft zu den ersten Angeboten, die weggekürzt werden. Besonders betroffen sind also Gemeinden, die wenig Geld haben. 2017 hat der Bundesfinanzhof die Quersubventionierung der Schwimmbäder aus Gewinnen anderer kommunaler Betriebe als unvereinbar mit dem EU-Wettbewerbsrecht gerügt. Das EUGH hat bisher nicht dazu entschieden¹.

Das Bädersterben ist fatal. Deutschland entwickelt sich zu einem Land der Nichtschwimmer*innen. Immer weniger Kinder lernen schwimmen. Laut der DLRG sind derzeit sechs von 10 Kindern (58 Prozent) am Ende der Grundschule keine sicheren Schwimmer. Fast 300 Menschen ertranken 2021 in Deutschland, darunter 47 Kinder und Jugendliche. Ertrinken gehört inzwischen zu den häufigsten Unfalltodesursachen für Kinder.

Im Sommer fällt besonders auf, dass die Bäder fehlen. Vor allem Familien, die sich keinen Urlaub oder teure Ausflüge leisten können, sind in den Sommerferien auf Angebote in der Nähe angewiesen. Doch Schwimmbäder sind nicht nur wichtige Sport – und Freizeitangebote, Ausbildungsstätten für Rettungsschwimmer*innen sowie des Rehabilitations- und Gesundheitssports, sondern einer der wenigen Orte der Gemeinde, an denen noch alle zusammenkommen. Sie zu erhalten ist deshalb ein Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft. Das kostet Geld – Schwimmbäder sind ein Zuschussgeschäft. DIE LINKE findet: Sie sind Teil der Daseinsvorsorge und dürfen nicht weggekürzt werden. Das Bädersterben muss gestoppt werden, wir wollen eine Trendwende: Ausreichende Finanzierung für die Bäder und kostenlosen Eintritt für alle Kinder. Schwimmbäder und die Möglichkeit schwimmen zu lernen sollte als kommunale Pflichtaufgabe definiert werden. Bund und Länder müssen hier angemessen unterstützen.

Ein weiteres Problem ist der Personalmangel. Laut DLRG fehlen mindestens 2.500 Schwimmmeister*innen. Es fehlen Schwimmlehrer*innen, Rettungsschwimmer*innen, Übungsleiter*innen in den Vereinen und weiteres Personal in den Schwimmbädern. Es wird zu wenig ausgebildet, unattraktive Arbeitszeiten und schlechte Bezahlung verschärfen das Problem. Auch das führt zum Ausfall von Schwimmunterricht sowie eingeschränkten Öffnungszeiten von Schwimmbädern und zu geringen Angeboten zum Training in Schwimmvereinen.

Die Partei DIE LINKE fordert ein Bundessanierungsprogramm „SOS-Seepferdchen“

1. Wir brauchen ein **Bundessanierungsprogramm** für eine in allen Regionen des Landes bedarfsgerechte Ausstattung mit modernen, ökologischen und barrierefreien Schwimmbädern. Mit einem „*Goldenen Plan Sportstätten*“ sollte der Sanierungsstau durch Modernisierungen und Neubau in den folgenden 15 Jahren gemeinsam durch Bund, Ländern

¹ <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/bfh-vorlage-querverbund-finanzierung-schwimbaeder/>; <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bfh-ir4-20-ir18-19-vorlage-finanzierung-defizitaere-kommunale-eigenbetriebe-gegenstandslos/>

und Kommunen abgebaut werden. Der Bund sollte sich daran mit mindestens einer Milliarde Euro pro Jahr (darunter mindestens 500 Millionen für Schwimmbäder) beteiligen.

2. Ein **Bonusprogramm für Kommunen**, die Schwimmbäder zur Verfügung stellen – Kommunale Schwimmbäder sind als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge dringend erforderlich. Die Länder müssen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs einen dauerhaften und berechenbaren Bäderbonus einführen und dies aus Landesmitteln finanzieren. Der Bonus soll jährlich den [Schwimmbad betreibenden Kommunen](#) zugutekommen, insofern diese einem Schwimmbad als tragende Gesellschaft beteiligt sind.
3. **Sofortige Umsetzung des Beschlusses der Kultusministerkonferenz** zum Schwimmunterricht vom 04. Mai 2017. Allen Schülerinnen und Schülern ist die Teilnahme am Schwimmunterricht zu ermöglichen mit dem Ziel, dass alle Kinder bis zum Ende der Primarstufe sicher schwimmen können.
4. **Kostenloser Zugang für Kinder:** Wir wollen, dass alle Kinder [ticketlosen Zugang zum Freibad](#) haben – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Weiterhin sind finanziell benachteiligte Familien weitere Unterstützung, zum Beispiel durch Bereitstellung von Badebekleidung und Übernahme von Eintritts- und Fahrtkosten sowie Mitgliedsbeiträgen in Schwimmvereinen zu gewähren.
5. Anerkannte Sportorganisationen, Schulen und Hochschulen sollen das Recht haben, Schwimmbäder sowie andere Spiel- und Sportanlagen öffentlicher Träger für den **Übungs-, Lehr- und Wettbewerbsbetrieb unentgeltlich zu nutzen**.
6. Ehrenamtliches Engagement als Übungsleiter*in oder **Rettungsschwimmer*in muss dringend stärker gefördert werden**, u.a. durch Anerkennung ihrer Ausbildung als Bildungsurlaub in allen 16 Bundesländern.

Für DIE LINKE ist klar: Solange Bund, Länder und Kommunen in Deutschland keinen vernünftigen Schulsport und Schwimmunterricht absichern können und die Sportstättenanierung nicht endlich voranbringen, werden wir uns nicht für weitere **deutsche Olympiabewerbungen** engagieren.

Hintergrund:

Masterplan für Schwimmbäder: 1959 haben Bund, Länder und Kommunen gemeinsam den *Goldenen Plan* entwickelt, um ausreichend Sportstätten zu schaffen. In den folgenden 15 Jahren wurden viele Schwimmbäder instandgesetzt oder gebaut. Die Finanzierung wurde zwischen Bund, Ländern und Kommunen geteilt.

Sanieren: In vielen Bädern ist seit deren Bau vor Jahrzehnten kaum etwas geschehen. Die DLRG geht davon aus, dass 14 Milliarden Euro benötigt werden, um innerhalb von zehn Jahren bundesweit alle Schwimmbäder zu sanieren. Sie schlägt vor, eine Gesellschaft ähnlich der Deutschen Olympischen Gesellschaft (DOG) zu gründen, die ausschließlich die Aufgabe hat, die Bädersanierung in Deutschland zu koordinieren. Die Mittel sollen je zur Hälfte vom Bund und Länder/Kommunen

Schwimmfähigkeit: Zahl der Grundschulkinder (6 bis 10 Jahre), die nicht schwimmen können, von 2017 bis 2022 auf 20 Prozent verdoppelt (Forsa-Umfrage im Auftrag der DLRG 2022). Nach der Pandemie 37 Prozent der Grundschulkinder ohne Schwimmabzeichen (inkl. Seepferdchen). Sichere Schwimmfähigkeit ist abhängig vom HH-Nettoeinkommen – je geringer das Einkommen, desto mehr Nichtschwimmer*innen gibt es. Überdurchschnittlich betroffen Personen mit niedriger formaler Bildung und Menschen mit Migrationshintergrund. Schwimmabzeichen – Nachholbedarf nach der Pandemie, 78.716 Schwimmabzeichen abgenommen (2019 91.282, 2021 38.112), Schwimmvorbereitung Seepferdchen aber höher als vor der Pandemie (2022 56.248 ggü. 2018 48.243)

DLRG Unfallstatistik 2022, 355 Tote durch Ertrinken, 56 mehr Todesfälle als 2021, aber im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre 16 Prozent weniger Opfer

Schwimmbadschließungen, Investitionsbedarfe, öffentliche Förderung: Auf der Internetseite <https://baederleben.de/> wurde gefördert vom Bundesinstituts für Sportwissenschaft eine Übersicht in Deutschland vorhandener Bäder erstellt. Die Seite erfasst z.T. auch die Entwicklung der Schwimmbadzahlen aber nur seit 2020. Der Abschluss des Projekts war von der Bundesregierung für 31.12.2022 angekündigt worden, eine Auswertung der über einen Crowd Sourcing-Ansatz gesammelten Daten steht noch aus. (Drs. 19/32528) Die Daten sollen in den im Aufbau befindlichen Sportstättenatlas Deutschland DSD integriert werden. Im Bäderatlas der Deutschen Gesellschaft für Badewesen <https://baederatlas.com/> werden insgesamt 6.014 Hallen- und Freibäder gelistet.

Die staatliche Förderbank KfW hat zuletzt ein Research über den Investitionsrückstand in deutschen Schwimmbädern veröffentlicht. Dort bemängelt die KfW die unzureichende Datenlage, da es keine amtliche Statistik zu Zahl, Ausstattung und Zustand der Bäder gebe. „So ist die Entwicklung der Anzahl der Schwimmbäder im Zeitverlauf nicht mit Sicherheit darzustellen. Schätzungsweise wird bei 60 bis 70 Bädern pro Jahr die Schließung diskutiert, letztlich kann ein flächendeckendes ‚Schwimmbadsterben‘ aber nicht statistisch belegt werden, zumal vereinzelt auch neue Bäder eröffnet werden“, schreibt die KfW. Das bestätigt Eric Voß von der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen (DGföB), dem Verband der Schwimmbäder. <https://www.fr.de/wirtschaft/teurer-badespass-91695977.html>

Fehlende Schwimmmeister*innen: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-04/fachkraeftemangel-verband-warnt-vor-dramatischem-personalmangel-in-schwimmbaedern>